Anlage zum Protokoll über die Sitzung der städtischen Deputation für Soziales, Kinder und Jugend am 31.05.2012, TOP 10, Verschiedenes

Zwischenbericht zur Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses „Netzwerk gegen Diskriminierung bilden; Offensive für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft“

Die Bürgerschaft hat mit Beschluss vom 27.9.2011 darauf hingewiesen, dass Diskriminierungen von Menschen aufgrund ihrer ethnischen Herkunft oder aus rassistischen Gründen, wegen des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität nicht hinnehmbar sind. Die Bürgerschaft hat beschlossen, dass die bereits vorhandenen Einrichtungen und Strukturen des Landes Bremen die Bekämpfung von Diskriminierung zu ihrer Aufgabe machen, ebenso wie die Einrichtungen, mit denen das Land durch Zuwendungsverträgen verbunden ist. Zudem soll für das Thema Diskriminierung sensibilisiert werden.

Bremen hat in den vergangenen zehn Jahren Gender Mainstreaming als Verwaltungsprozess implementiert. Ein danach ausgerichtetes Verwaltungshandeln überprüft die Wirkungen seines Handelns nicht nur im Hinblick auf männlich/weiblich, sondern fragt gegebenenfalls auch nach Verschiedenheiten auf Grund des Alters, der Elternschaft, der Herkunft etc. Damit verfügt die Verwaltung über ein Strukturelement, um unterschiedliche Behandlungen der verschiedenen Gruppen sichtbar zu machen und Diskriminierung zu verhindern.

Zudem sind in Bremen eine Vielzahl von Beratungsstellen tätig, die zum Abbau gesellschaftlich existierender Benachteiligung einzelner Bevölkerungsgruppen beitragen und Betroffene unterstützen. Bremen verfügt über einen Landesbehindertenbeauftragten, eine Integrationsbeauftragte, die Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (ZGF), ein Fachreferat Ältere Menschen und eine breit gefächerte Szene von Nichtregierungsorganisationen.

Es wird daran gearbeitet, die Vernetzung zu systematisieren, um die Verankerung der Initiativen der Zivilgesellschaft vor Ort mit der Expertise zentraler Akteure zusammen zu bringen. Ziel ist es, professionelles Spezialwissen gegebenenfalls für die Betroffenen verfügbar zu machen.

Für möglichst viele Beraterinnen und Berater ist geplant, Schulungen anzubieten. Die Antidiskriminierungsstelle (ADS) des Bundes und das AFZ bieten Schulungen zum AGG an. So sollen die Sensibilität gefördert werden, die rechtliche Situation zu erkennen, die Kenntnisse über das AGG vertieft und die Beraterinnen und Berater im Umgang mit Mehrfachdiskriminierung qualifiziert werden.

Im Rahmen der Personalentwicklung der Freien Hansestadt Bremen werden gezielt Maßnahmen zur verstärkten beruflichen Integration von jungen Menschen mit Migrationshintergrund umgesetzt. Für die Beschäftigten ohne Migrationshintergrund der Freien Hansestadt Bremen werden regelmäßig Kurse zur Vermittlung interkultureller Kompetenz angeboten. Zudem wird sich Bremen zunächst im

Rahmen eines Modellprojekts an der Erprobung des anonymisierten Bewerbungsverfahrens beteiligen.

Eine zentrale Aufgabe wirksamer Antidiskriminierungsarbeit ist die Öffentlichkeitsarbeit. Die Tatsache, dass Diskriminierung in sehr vielen Fällen indirekt geschieht, d.h., dass es am Bewusstsein für die diskriminierende Wirkung des Handelns fehlt, macht deutlich, dass es sich hier um einen längerfristigen Prozess der Sensibilisierung und der Vermittlung von Kenntnissen handelt.

Bremen hat im März die Initiative der ADS des Bundes für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft unterzeichnet.

Es ist geplant, die verschiedenen Aktivitäten der Akteure gegen Diskriminierung zu bündeln und zu intensivieren.

Für Betroffene sind schnelle und zuverlässige Informationen, insbesondere über Beratung und Unterstützung hilfreich. Wichtig wäre es, das Angebot der verschiedenen Stellen, die in Fällen von Diskriminierung beraten, zentral zu erfassen und bekannt zu machen. Nicht nur für die Betroffenen, sondern auch für die verschiedenen Beratungsstellen ist die Kenntnis der anderen Beratungsstellen von Bedeutung, um gegebenenfalls kompetent weiter vermitteln zu können. Es wird im Rahmen der Überlegungen zur Stärkung der Öffentlichkeitsarbeit auch geprüft, ob eine zentrale Internetseite realisierbar ist und ob sich das Bürgertelefon für diese Zwecke nutzen lässt.